

# AUSZUG

**aus der Niederschrift  
über die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung am 06.09.2013**

**Zu TOP : 7**

**Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, GLT-Fraktion, FDP-Fraktion und Herrn Oswin Karolus vom 04.09.2013, Lfd-Nr. 879, Verlegung von Stolpersteinen in der Gemeinde Trebur**

**Antrag: AT 0879**

Die Gemeindevertretung beschließt mit 18 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen, sich an dem Projekt „Stolpersteine“ zu beteiligen, welcher die Erinnerung an die Vertreibung und Vernichtung der Juden, der Sinti und Roma, der politisch Verfolgten, der Homosexuellen, der Zeugen Jehovas und der Euthanasieopfer im Nationalsozialismus lebendig erhält.

Die Stolpersteine sollen innerhalb der Gemeinde vor den Häusern verlegt werden, in denen Mitbürgerinnen und Mitbürger von Trebur, Astheim, Geinsheim und Hessenaue den letzten frei gewählten Wohnsitz hatten.

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, sich mit dem Verein Heimat und Geschichte der Gemeinde zusammenzusetzen, um die Daten (wenn nicht schon bereits vorhanden) zu erarbeiten, die zur Beschriftung entsprechender "Stolpersteine" benötigt werden.

Der Verein begleitet das Projekt weiter. Der Gemeindevorstand soll Kontakt mit der MPS und den Kirchengemeinden aufnehmen, ob im Rahmen eines Schülerprojektes oder Konfirmanden bzw. Firmunterricht zu den betreffenden Personen aus der Großgemeinde Materialien zu ihrer Geschichte erarbeitet werden können.

Vor einer Verlegung von Stolpersteinen wird ein Dialog mit den Eigentümern der Häuser geführt, vor denen die Stolpersteine verlegt werden sollen. Die Gemeindevertretung übernimmt die Kosten für den ersten "Stolperstein" und dessen Verlegung. Die Gemeindevertretung fordert weiterhin Parteien, Vereine und alle Einwohnerinnen und Einwohner auf, weitere "Stolpersteine" zu spenden. Der Gemeinde werden keine Kosten für die Verlegung entstehen, außer einer Hilfestellung des Bauhofs im Rahmen einer Verlegung.

Dieses Projekt soll solange angelegt werden, bis vor jedem Haus ein "Stolperstein" liegt, in dem ehemalige Mitbürgerinnen und Mitbürger wohnten, welche in der Zeit des Nationalsozialismus deportiert wurden oder fliehen mussten.